

Welche Politiker sollten nicht gewählt werden?

Anregungen für Wählerinnen und Wähler

Hans-Christoph Loebel

Selbstverständlich wird hier keine direkte Wahlempfehlung für bestimmte Parteien gegeben. Alle Wählerinnen und Wähler wissen, dass sie sich zunächst über ihre eigenen Interessen Klarheit verschaffen (was will ich?) und anschließend die Parteien wählen sollten, die diesen Interessen noch am ehesten gerecht werden.¹ Dabei können allerdings politische Grundeinstellungen der Wahlfreiheit Grenzen setzen.²

Hier geht es nicht um Parteien, sondern um Politiker. Es werden selbstverständlich keine Namen aktuell wählbarer Politiker genannt, auch nicht verschlüsselt. Es werden nur Typen von Politikern genannt, die Sie nicht wählen sollten. Und es werden Gründe für die Nichtwählbarkeit von solchen Politikern angegeben. Die Zuordnung einzelner Personen aus Politik und Gesellschaft ist allerdings unvermeidbar.

1. Wähle nie Politiker, die keinen Beruf erlernt und ausgeübt haben!

¹ An der Bundestagswahl im Februar 2025 dürfen sich 41 Parteien beteiligen. Das könnte Wählerinnen und Wähler überfordern, weil die Auswahl zu groß ist. Eine zu große Auswahl führt im Allgemeinen leicht zu Fehlentscheidungen und Unzufriedenheit, weil notgedrungen Auswahlkriterien minimiert werden und die Unsicherheit bleibt, ob denn die richtige Wahl getroffen wurde. Siehe zur Logik von „weniger ist mehr“ Rolf Dobelli, Die Kunst des klaren Denkens, S. 85 ff. Weil die meisten Wählerinnen und Wähler ihre Stimme aber nicht „verschenken“ möchten und es vielen auch gut gefällt, auf Seiten der Gewinner zu stehen, werden aufgrund der 5-Prozent-Klausel letztlich wohl allenfalls acht Parteien reelle Chancen haben, in den Bundestag gewählt zu werden. Die Haltung solcher Wählerinnen und Wähler ist aber nicht unproblematisch, weil sie aufgrund zweifelhafter Wahlprognosen davon abgehalten werden können, Parteien zu wählen, die möglicherweise an der 5-Prozent-Klausel scheitern. Zur Validität von Wahlprognosen siehe Gerd Bosbach/Jens Jürgen Korff, Lügen mit Zahlen³, S. 111 ff. Zu Bewertungsfehlern aufgrund irrelevanter oder manipulierter Maßstäbe siehe Rolf Dobelli, Die Kunst des klaren Denkens, S. 125 ff. Zu Expertenprognosen siehe Rolf Dobelli, a.a.O., S. 165 ff.

² Das Problem: Für die Wahlentscheidung (Zweitstimme) ist vielfach die politische Grundüberzeugung maßgeblich. Das führt dazu, dass Wählerinnen und Wähler die von ihren präferierten politischen Parteien vertretenen Positionen, die sich mit den eigenen Interessen nicht decken, einfach ignorieren. Beispiel: Ein xenophober Bürgergeldempfänger wählt eine Partei mit libertärer Wirtschafts- und Sozialpolitik. Zum Problem der Ignoranz gegenüber allem, was nicht „ins Bild passt“, siehe Rolf Dobelli, Die Kunst des klaren Denkens, S. 29 ff.

Demokratie ist die Vergabe von Macht auf Zeit. Politiker, die keinen Beruf erlernt haben, hängen an ihren Ämtern. Welcher Beschäftigung außerhalb der Politik könnten sie auch sonst nachgehen? Politiker, die keinen Beruf erlernt haben, können dazu neigen, im Wege vorauseilenden Gehorsams Politik im Sinne von „Auffangeinrichtungen“ zu machen.³ Damit orientiert sich solche Politik nicht am Wohl und den Interessen der Wählerinnen und Wähler, sondern an den Vorteilen solcher „Auffangeinrichtungen“.

Zwei Einwände liegen nahe:

(1) Auch in der Politik sollte es Fachleute geben; deshalb spreche nichts gegen den Typ Berufspolitiker.

(2) Auch in der Politik gebe es singuläre Begabungen, die sich Wählerinnen und Wähler möglichst lange in politischen Ämtern wünschten.

Der erste Einwand, der Experteneinwand, trifft nicht. Nur wenn jemand vor seiner politischen Karriere einen Beruf erlernt und zumindest zeitweise ausgeübt hat, kann er überhaupt als Experte gelten. Im Übrigen ist das Expertenunwesen politisch von vornherein stark eingefärbt.⁴ Experten setzen sich gelegentlich auch über die Grenzen ihrer fachlichen Kompetenzen hinweg.⁵ Und wenn Experten zudem noch weisungsabhängigen Behörden oder politiknahen Einrichtungen angehören, können von ihnen kaum allein nach wissenschaftlichen Maßstäben geltende Erkenntnisse erwartet werden.

Der zweite Einwand, der Eliteneinwand, trifft ebenfalls nicht. Wenn Wählerinnen und Wähler einer von ihnen geschätzten Tradition und dem Bedürfnis nach Konstanz und Sicherheit folgend, eine Politikerin oder einen Politiker wiederholt wählen, spricht das nicht gegen das Gebot, nur Politiker mit erlerntem Beruf zu wählen. Für das Gebot spricht aber die mit der Berufsausübung verbundene Berufs- und Lebenserfahrung. Es ist einzuräumen, dass manche Politiker, zumal solche in führenden Ämtern, sehr schnell solche Erfahrungen ausblenden. Das aber lässt mindestens Rückschlüsse auf den

³ Max Weber, Politik als Beruf¹⁰, S. 15 ff., unterschied in diesem Zusammenhang zwei Arten von Politikern: Politiker, die **für** die Politik leben, und Politiker, die **von** er Politik leben. Weber betonte zutreffend, dass dies kein strenger Gegensatz sei und unter bürgerlichen Verhältnissen der Beruf des Politikers entlohnt werden müsse, um ihn nicht exklusiv den Vermögenden und Abkömmlingen zu überlassen.

⁴ Politische Entscheidungen sollen gelegentlich durch Expertenmeinungen legitimiert werden. Vernünftige Wählerinnen und Wähler werden solchen Meinungen nicht ungeprüft folgen. Expertenmeinungen ersetzen nie das eigene Urteil und Autoritätshörigkeit ist ein Fall selbstverschuldeter Unmündigkeit. Siehe dazu instruktiv Dobelli, Die Kunst des klaren Denkens, S. 37 ff.

⁵ Rolf Dobelli, Die Kunst des klaren Denkens, S. 14 f., hat dargelegt, dass gerade Experten an Selbstüberschätzung leiden. Das gilt erst recht, wenn Experten Prognosen abgeben. Siehe dazu instruktiv Rolf Dobelli, a.a.O., S. 165 ff. Zur Selbstüberschätzung siehe auch unter 16.

Charakter solcher Politiker zu und kann deshalb durchaus die Wiederwahl beeinflussen.

2. Wähle nie Politiker, die über Leichen gehen!

Mit der Redensart „über Leichen gehen“ wird eine skrupellose, inhumane Rücksichtslosigkeit angesprochen. Politiker können Ämter einnehmen, bei denen die Redensart nicht nur metaphorische Bedeutung hat, sondern wörtlich zu nehmen ist (Verteidigungsminister, Innenminister, Mitglieder von parlamentarischen Verteidigungsausschüssen, Abgeordnete als Rüstungslobbyisten etc.). Wenn Politiker das Leben ihrer Wählerinnen und Wähler nicht achten und schützen, sollten solche Politiker nicht gewählt werden. Sicher ist einzuräumen, dass es über den Weg zum Schutz von Menschen verschiedene Meinungen und Streit geben kann. Wenn Politiker aber keine besseren Lösungen kennen, als Menschenleben zu gefährden oder gar zu vernichten, taugen sie nichts.

Ein Einwand könnte lauten: Es gebe Situationen, in denen allein der Einsatz von Menschenleben zur Befriedung führe. Das mag sein. Aber der Einwand trifft nicht. Denn Politiker, die über Leichen gehen, nehmen leichtfertig die Gefährdung oder den Verlust von Menschenleben in Kauf. Solche Politiker missachten das rechtsstaatliche Gebot der Verhältnismäßigkeit⁶ und übergehen Gesprächs- und Verhandlungslösungen. Wenn der Einsatz von Menschenleben überhaupt zu rechtfertigen ist, dann allenfalls unter der Voraussetzung, dass Gesprächs- und Verhandlungslösungen aufrichtig versucht und nicht leichtfertig ausgeschlagen wurden.

3. Wähle nie Politiker, die die Verfassung missachten!

Es gab in der Vergangenheit immer wieder Politiker, die Politik nicht „mit dem Grundgesetz unter dem Arm“ betreiben wollten. Was aber ist von Politikern zu halten, die von den Wählerinnen und Wählern Rechtstreue verlangen, sich selbst jedoch an geltendes Recht (und das ist für Politiker vorrangig das Verfassungsrecht) nicht gebunden fühlen? Die Haltung solcher Politiker impliziert, etwas Besseres zu sein als ihre Wählerinnen und Wähler. Diese Arroganz der Macht geht nach dem Grundgesetz gar nicht, bestimmt Art. 20 Abs. 2 S. 1 GG doch unmissverständlich: Alle Gewalt geht vom Volke aus.

⁶ Bereits Max Weber, Politik als Beruf¹⁰, S. 51, wies auf die Bedeutung von „Augenmaß“ als eine der maßgeblichen Qualitäten von Politikern hin.

Es ist einzuräumen, dass dieses Gebot in der Bundesrepublik Deutschland bislang sehr unvollkommen umgesetzt wurde. Im Übrigen gilt (mit nur wenigen Einschränkungen): Nur der handelt richtig, der von anderen nicht mehr verlangt als von sich selbst. Wer also die Befolgung geltenden Rechts von anderen verlangt, hat sich selbst an geltendes Recht zu halten!

4. Wähle nie Politiker, die sich nicht an Gemeinwohlinteressen orientieren!

Viele Politiker würden diesem Gebot durchaus zustimmen. Das Problem ist nur die Mehrdeutigkeit des Begriffs der Gemeinwohlinteressen. Was also bedeutet „im Interesse des Gemeinwohls“? Wir erfassen den Kern des Begriffs, wenn wir uns das Gegenteil vorstellen: Politik ausschließlich oder vorrangig im Interesse des Politikers selbst, Politik im Interesse seiner Familie oder seiner Freunde, Politik ausschließlich oder vorrangig im Interesse kleiner gesellschaftlicher Gruppen.⁷ Den Wählerinnen und Wählern wird natürlich immer wieder vorgegaukelt, solche Politik sei eigentlich auch in ihrem Interesse.⁸ Das impliziert die Haltung, mit einer Politik im Sinne der Reichen und Mächtigen seien ja wohl auch Vorteile für den „gemeinen Mann“ verbunden. Wer sich aber selbst und die Seinen an die reich gedeckte Tafel setzt, um dem gemeinen Volk in gönnerhafter Pose allenfalls ein paar Brotkrumen zu überlassen, offenbart eine Charakterlosigkeit, die ihn als Politiker endgültig disqualifiziert.

5. Wähle nie Politiker, für die alle anderen Politiker nur Feinde sind!

Wer aus ethnischen, religiösen, politischen oder anderen Gründen ein festes Feindbild hat, sollte nicht gewählt werden. Wer nicht gegen alle und alles Krieg führen möchte, muss diskursive Lösungen bei gegensätzlichen Interessen und Konflikten finden. Ein festes Feindbild führt zu Attributionsfehlern, also zu der Neigung, das eigene Verhalten situativ zu erklären, das Verhalten anderer aber

⁷ Ein Beispiel: Mit Änderung des Art. 90 Abs. 2 GG und der Verabschiedung des Gesetzes ... vom 14.08.2017 (BGBl. I, S. 3133) dürfen Renovierung und Ausbau kürzerer Abschnitte von Bundesautobahnen und anderer Bundesfernstraßen von Privaten mit- oder vorfinanziert werden. Das verteuert solche Infrastrukturmaßnahmen erheblich und kann somit nicht im Gemeinwohlinteresse liegen. Unklar bleibt überdies, wie solche Infrastrukturmaßnahmen mit dem nach allen Haushaltsordnungen geltenden Gebot der Sparsamkeit (siehe etwa § 7 Abs. 1 S. 1 BHO) vereinbar sein sollen.

⁸ Immer dann, wenn nicht im Privateigentum stehende Güter genutzt werden, sollte der Nutzen des Einzelnen nicht auf Kosten der Gemeinschaft gehen. Siehe dazu instruktiv Rolf Dobelli, Die Kunst des klaren Denkens, S. 77 ff.

mit deren Persönlichkeit in Verbindung zu bringen.⁹ Solche Attributionsfehler polieren zwar das Selbstwertgefühl, verstellen aber den klaren Blick auf politische Vorgänge¹⁰ und führen zu neuen Feindbildern¹¹. Feste Feindbilder unterbinden jedoch häufig diskursive Konfliktlösungen oder erschweren sie zumindest.¹²

Es ist einzuräumen, dass es auch hier rote Linien geben kann, die zu überschreiten nicht vernünftig ist.¹³ Das gilt jedenfalls gegenüber Politikern, die aufgrund ihres festen Feindbildes selbst diskursive Lösungen im Wege von Gesprächen und Verhandlungen ausschließen. In allen anderen Fällen sollten Politiker aber grundsätzlich gesprächsbereit sein. Politiker mit festem Feindbild können jedenfalls bei Konflikten mit ihren „Feinden“ nie aufrichtig diskursive Lösungen erstreben.

6. Wähle nie Politiker, für die andere Menschen nur Mittel zum Zweck sind!

Von Politikern sind all die Tugenden zu erwarten, die von Menschen generell zu erwarten sind. Wer also andere Menschen nur als Mittel zum Zweck ansieht, ist als Politiker charakterlich nicht geeignet. Politiker, die „über Leichen gehen“, sind Beispiele für diesen Typus.¹⁴

⁹ Man denke etwa an die Attribute, die in den Medien mit der Person von Putin in Verbindung gebracht werden.

¹⁰ Ein Beispiel: Ohne Kenntnis der Vorgeschichte ist der Ukraine-Krieg überhaupt nicht zu begreifen. Siehe dazu lesenswert Günter Verheugen/Petra Erler, Der lange Weg zum Krieg.

¹¹ Ein Beispiel: Wer auf die Vorgeschichte des Ukraine-Krieges hinweist, wird als „Putin-Versteher“ diskreditiert.

¹² Gelegentlich wird die Wahl von Politikern oder politischen Parteien gerechtfertigt, indem sie als „kleineres Übel“ dargestellt werden. Eine solche Begründung ist nicht per se unvernünftig, auch wenn das kleinere Übel eben ein Übel bleibt. Wer eine mit Beschwerden verbundene Operation auf sich nimmt, weil er andernfalls auf Dauer erhebliche Schmerzen oder gar den Tod auf sich nehmen würde, handelt nicht unvernünftig. Eine Argumentation mit Kontrasteffekten ist nur dann unvernünftig, wenn falsche Vergleiche gezogen werden oder – schlimmer noch – Menschen manipuliert werden, falsche Vergleiche zu ziehen. Das geschieht auch in der Politik: Wer den politischen Gegner selbst oder durch andere persönlich diskreditiert, möchte sich unentschlossenen Wählerinnen und Wählern möglicherweise als „kleineres Übel“ anbieten. Zu Denkfehlern durch Kontrasteffekte siehe Rolf Dobelli, Die Kunst des klaren Denkens, S. 41 ff.

¹³ Ein hier nicht weiter behandeltes Problem der programmatischen Entwicklung politischer Parteien: Die schleichende Verschiebung von Standards. Einst galten die Grünen als Friedenspartei, heute präsentieren sich führende Politiker der Grünen als Bellizisten. Einst galt die SPD als Partei „der kleinen Leute“, in den letzten Jahrzehnten sind zumindest unter Mitverantwortung der SPD zahlreiche soziale Errungenschaften aufgegeben oder ausgehöhlt worden. Siehe zum Shifting Baseline Syndrom Markus Knauff, Psychologie der Eskalation, in: der Freitag Nr. 5 vom 30. Januar 2025, S. 19.

¹⁴ Siehe oben die Ausführungen unter 2.

7. Wähle nie Politiker, die Minderheiten diskriminieren!

Politiker sind populistisch, wenn sie stets den Mehrheitsmeinungen¹⁵ der Wählerinnen und Wähler folgen. Clevere Politiker sind populistisch, wenn sie im Vorfeld durch gezielte Stimmungsmache für die ihnen genehme Mehrheitsmeinung sorgen oder sorgen lassen.

Eine besonders schäbige Art, Mehrheitsmeinungen zu beeinflussen, ist die Diskriminierung von Minderheiten. Die Diskriminierung von Minderheiten ist schäbig, weil meist dumpfe Vorurteile genutzt werden und sich die Betroffenen nicht adäquat wehren können.

Die Diskriminierung von Minderheiten gehört zu den typischen Handlungen politischer Demagogen. Solche Politiker sollten für aufgeklärte Wählerinnen und Wähler nicht wählbar sein.

8. Wähle nie Politiker, deren Meinung immer schon feststeht!

Wenn Politiker ihre Meinung ändern, kann das im Grundsatz positiv oder negativ zu bewerten sein.¹⁶ Es ist negativ zu bewerten, wenn die Meinungsänderung Populismus oder Prinzipienlosigkeit¹⁷ offenbart oder in welcher Form auch immer erkaufte wurde. Es ist positiv zu bewerten, wenn sich Politiker von in der Sache wirklich besseren Argumenten haben überzeugen lassen. Was im Einzelfall Politiker zu einer Meinungsänderung bewogen hat, kann hier offenbleiben. Festzuhalten ist nur, dass Politiker, die immer schon wissen, was absolut richtig oder falsch ist, nichts taugen, weil sie sich Argumenten und einem sachlichen Diskurs von vornherein verschließen.¹⁸

¹⁵ Es sollte eigentlich selbstverständlich sein, dass „richtig“ oder „wahr“ nicht ersetzt werden kann durch ein „von der Mehrheit gewollt oder beschlossen“. Zur Unvernunft, einfach nur Mehrheiten zu folgen, siehe Rolf Dobelli, Die Kunst des klaren Denkens, S. 17 ff., S. 101 ff.; Markus Knauff, Psychologie der Eskalation, in: der Freitag Nr. 5 vom 30. Januar 2025, S. 19.

¹⁶ Konrad Adenauer soll einst auf die Vorhaltung von Erich Ollenhauer, das Gegenteil von dem gesagt zu haben, was er jüngst gesagt habe, geantwortet haben: Auch der Kollege Ollenhauer könne nicht verhindern, was klüger geworden zu sein. Die Frage bleibt: Siegte das bessere Argument oder siegten statt besserer Einsicht Populismus und Prinzipienlosigkeit?

¹⁷ Ein dazu (vermutlich fälscherweise) Tucholsky zugeschriebener Spruch lautet: Wer nach allen Seiten offen ist, der kann nicht ganz dicht sein.

¹⁸ Martin Kriele, Einführung in die Staatslehre⁵, S. 43: „Offenheit für das Argument ist der Anfang der politischen Vernunft.“

9. Wähle nie Politiker, die gegen andere hetzen und Angst verbreiten!

Hetze von Politikern ist die agitatorische Diskreditierung oder Diskriminierung von einzelnen Personen, Minderheiten oder „Feindgruppen“. Dazu ist schon einiges gesagt worden.¹⁹ Zu den besonders perfiden Methoden, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, gehört die Verbreitung von Angst.²⁰ Selbst sachliche Berichterstattung und fundierte Aufklärung versagen, wenn einzelne Ereignisse gezielt zum Anlass genommen werden, unter Ausnutzung von Vorurteilen zu zündeln. Politiker verdienen nur dann Vertrauen, wenn sie sich an einer Meinungsbildung dieser Art nicht beteiligen und stattdessen möglichst immer besonnen reagieren.

10. Wähle nie Politiker, die immer erst nach Schadensfällen reagieren!

Es gibt immer wieder Ereignisse, die selbst für weitsichtige Personen nicht vorhersehbar sind. Auf der anderen Seite sind schon viele Schadensfälle und Katastrophen aufgetreten, die bei größerer Umsicht hätten vermieden werden können. Von Politikern ist zu erwarten, dass sie es nicht zu vermeidbaren Schadensfällen und Katastrophen kommen lassen.²¹ Daraus folgt das Gebot, alles zu unterlassen, was zu vorhersehbaren Schadensfällen oder Katastrophen führen kann. Dies wiederum impliziert das Gebot, bei allen Handlungen von Politikern eine sorgfältige Abwägung mit den Folgen vorzunehmen. Politiker, die diese Weitsicht nicht haben und zu sorgfältiger Folgenabwägung nicht in der Lage oder bereit sind, taugen nichts. Das gilt erst recht für Politiker, die gerne in

¹⁹ Siehe dazu die Ausführungen unter 5. bis 7.

²⁰ Eine besonders perfide Art der Verbreitung von Angst ist das Herbeireden von Kriegsgefahren, während zugleich vieles unternommen wird, um selbst militärische Auseinandersetzungen anzuheizen. Politiker, denen es um Kriegstüchtigkeit statt um Friedensfähigkeit geht, sind für Wählerinnen und Wähler, die in Frieden leben wollen, nicht wählbar. Das gilt erst recht, wenn solche Politiker als „Macher“ hofiert werden.

²¹ Eine denkbare Ausrede von Politikern: Im Nachhinein sei man eben immer klüger! Das sollten Wählerinnen und Wähler nicht gelten lassen. Richtig ist zwar, dass wir häufig erst im Nachhinein Ereignisse sinnvoll einordnen können. Der Unterschied der Sichtweisen ex ante und ex post offenbart auch unsere Unzulänglichkeiten bei den Prognosen. Siehe dazu instruktiv Rolf Dobelli, Die Kunst des klaren Denkens, S. 57 ff. Doch es geht bei der hier geforderten Tugend von Politikern nicht um Prognosen von Schadensereignisse, sondern um die Fähigkeit, Gefährdungslagen rechtzeitig zu erkennen und rechtzeitig darauf zu reagieren. Wer weiß, dass es künftig in Deutschland phasenweise zu Starkregen kommt, wird als verantwortungsbewusster Kommunalpolitiker für eine entsprechende Kanalisation sorgen und als verantwortungsbewusster Landespolitiker für höhere und sicherere Deiche. Man muss nicht vorhersehen können, wo und wann Starkregen auftritt.

einigen Medien²² als „Macher“²³ dargestellt werden. Wer zu schnell schießt, trifft allzu leicht das eigene Knie.

11. Wähle nie Politiker, für die Politik in erster Linie Bühne zur Selbstdarstellung ist!

In Zeiten von Selfies und Selbstoptimierung kann nicht erstaunen, dass Narzissmus unter Politikern sehr verbreitet ist. Was einst als Peinlichkeit nur Fremdschämen auslöste, wird heute vielfach gelassen hingenommen. Und nur weil sich Politiker gelegentlich als TV-Entertainer versuchen, müssen sie nicht zwangsläufig für die Politik untauglich sein. Politiker, die ihre wie auch immer erworbene Popularität politisch instrumentalisieren, sollten allerdings nicht gewählt werden. Denn Unsinn bleibt Unsinn, auch wenn der Urheber ein populärer Mensch ist. Und das kluge Argument bleibt kluges Argument, auch wenn es von einer oder einem Unbekannten kommt. Allein Popularität qualifiziert also keinen Politiker. Wer indessen Politik nutzt, um sich vorrangig selbst zu darzustellen, sollte nicht gewählt werden. Denn das Engagement in der Sache tritt immer zurück, wenn Politik „Gegenstand rein persönlicher Selbstberauschung“²⁴ wird und Politiker die Distanz gegenüber sich selbst vermissen lassen. Maßgeblich kann dabei natürlich nicht die eigene Sicht der Politiker sein.²⁵

12. Wähle nie Politiker, die sachliche Kritik persönlich nehmen!

Politiker stehen vielfach in der Kritik. Seit einiger Zeit²⁶ verfolgen einige Politiker kritische Äußerungen von Wählerinnen und Wählern zivil- und strafrechtlich. Das ist verständlich, wenn es sich um Äußerungen handelt, die Verfassungsjuristen mit dem Begriff der Schmähkritik erfassen. Dabei gelten

²² Zu den besonders perfiden Immunisierungsstrategien einiger Medien gehört, dass ihre Vertreter Kritik an ihnen als pars pro toto interpretieren und diese Kritik als generelle Medienkritik umdeuten.

²³ Über den Hang zu Aktionen in unklaren Situationen, selbst wenn Abwarten sinnvoller wäre Rolf Dobelli, Die Kunst des klaren Denkens, S. 177 ff.

²⁴ Max Weber, Politik als Beruf¹⁰, S. 52.

²⁵ Max Weber, Politik als Beruf¹⁰, S. 52, nannte die Eitelkeit von Politikern „die Todfeindin aller sachlicher Hingabe und aller Distanz“.

²⁶ Schon Franz Josef Strauß soll gegen die satirische Zeitschrift Pardon (1962-1982) 18-mal geklagt haben. Immer erfolglos.

Äußerungen als Schmähkritik, die nichts mit der Sache zu tun haben, sondern allein der Beleidigung und Verächtlichmachung des Betroffenen dienen.

Allerdings sind hier die Grenzen der zivil- und strafrechtlichen Verfolgung von Meinungsäußerungen sehr sorgfältig zu ziehen. Wer als Politiker keine Kritik verträgt, ist nicht wählbar. Meinungsfreiheit ist für Demokratie essentiell. Das beinhaltet auch das Recht zu harscher, überzogener Kritik, solange es nur Bezüge zur Sache oder zu bestimmten Vorgängen gibt. Demgegenüber ist die rote Linie immer überschritten, wenn Politiker bedroht oder gar physisch angegriffen werden. Wer nur diese Art von Meinungsäußerung beherrscht, hat aus gutem Grund zivil- und strafrechtliche Folgen hinzunehmen.

13. Wähle nie Politiker, die schon einmal als Politiker versagt haben!²⁷

Es ehrt Politiker, wenn sie falsche Entscheidungen korrigieren und Irrtümer offen einräumen. Wenn solche Entscheidungen nicht leichtfertig getroffen wurden oder fundamentale Tugenden haben vermissen lassen, verdienen solche Politiker eine zweite Chance.²⁸ Das gilt nicht für Politiker, die sich kaufen ließen²⁹ oder deren Fehlleistungen die Wählerinnen und Wähler teuer zu stehen kam. Wer als Politiker Steuergelder in Höhe von mehreren hundert Millionen Euro verschwendet, ist nicht wieder wählbar. Andernfalls wäre zu fragen, was einen Politiker denn noch disqualifizieren könnte.³⁰ Denn Politiker sind für die Folgen ihres Tuns verantwortlich, ihre zentrale Tugend ist demgemäß

²⁷ Konservative Menschen neigen dazu, einmal eingeschlagene Wege einfach fortzusetzen. Diese Haltung mag die Wiederwahl von Politikern begünstigen. An Entscheidungen festzuhalten, ist aber nur dann vernünftig, wenn sich die Entscheidungen bewährt haben. Siehe dazu auch Rolf Dobelli, *Die Kunst des klaren Denkens*, S. 21 ff.

²⁸ Die Erfolge von Politikern lassen sich manchmal sogar quantifizieren. Gleichwohl sollten Wählerinnen und Wähler skeptisch bleiben. Nicht selten nehmen Politiker Erfolge für sich in Anspruch, die ihnen einfach nur zugefallen sind. Und andererseits können trotz richtiger politischer Entscheidungen Erfolge ausbleiben. Siehe dazu Rolf Dobelli, *Die Kunst des klaren Denkens*, S. 81 ff.

²⁹ Die Käuflichkeit von Politikern beginnt bereits mit dem Besuch von Veranstaltungen, zu denen Lobbyisten eingeladen haben. Denn kein Politiker kann sicher sein, das Gefühl, sich revanchieren zu müssen, auf Dauer unterdrücken zu können. Siehe dazu Rolf Dobelli, *Die Kunst des klaren Denkens*, S. 25 ff.

³⁰ Max Weber, *Politik als Beruf*¹⁰, S. 23 f., meinte noch vor mehr als 100 Jahren, dass Berufspolitiker fachlich absolute Dilettanten sein könnten, würden doch die „Fachbeamten“ für die nötigen Kompetenzen sorgen. Die heutigen Anforderungen an Berufspolitiker sollten aber andere sein, zumal Webers Eloge auf die Kompetenz der „Fachbeamten“ so auch nicht mehr geteilt werden kann. Noch heute zutreffend dagegen Webers Beschreibung des Beamten-Ethos, a.a.O., S. 27 f.

Verantwortungsbewusstheit.³¹ Wer Fehler nicht eingestehen kann und an Ämtern klebt, hat in der Politik nichts zu suchen.³²

14. Wähle nie Politiker, die vor Wahlen leere Versprechungen abgeben!

Eine Quelle für die Politikverdrossenheit von Bürgerinnen und Bürgern ist möglicherweise die Unredlichkeit von Politikern, sich nach den Wahlen an die zuvor gegebenen Versprechungen nicht mehr erinnern zu können. Hier sind allerdings zwei Einschränkungen geboten:

In einer Parteiendemokratie, wie sie in Art. 21 GG vorgegeben ist, ist Politik zwangsläufig nur im Wege des Kompromisses möglich. Das gilt bereits für die innerparteiliche Ausrichtung der Politik, das gilt erst recht für Politik auf der Basis von Koalitionen. Deshalb kann es durchaus sein, dass politische Vorhaben, die vor einer Wahl versprochen wurden, nach einer Wahl nicht mehr umgesetzt werden können. Das ist noch nicht unredlich. Unredlich werden Wahlversprechen erst dann, wenn für Politiker alles vor der Wahl Versprochene zur Disposition steht, nur um an der Macht und der Ämtervergabe teil zu haben. Redliche Politiker werden also immer rote Linien ziehen, jenseits derer Politik mit ihnen nicht zu machen ist.

Eine beliebte Ausrede von Politikern, die sich nach Wahlen an Wahlversprechen nicht so recht erinnern wollen, lautet: Politik stehe eben immer unter einem Finanzierungsvorbehalt; vor einer Wahl sei nicht abzuschätzen, ob die Umsetzung versprochener Maßnahmen auch bezahlt werden könne. Damit einher geht nicht selten der Hinweis auf die angeblich Generationengerechtigkeit³³ herstellende Schuldenbremse. Wählerinnen und Wähler sollten diese Ausrede von Politikern nicht gelten lassen. Denn die Einnahmen des Staates sind nie so schlecht, dass überhaupt nichts finanziert werden kann. Die Frage ist allein: Welche Politik finanziert wird und welche Politik nicht

³¹ Siehe dazu schon Max Weber, *Politik als Beruf*¹⁰, S. 51, S. 57 ff.

³² Eine besonders verbreitete Form der Verantwortungslosigkeit: Erfolge werden sich selbst zugerechnet, Misserfolge anderen oder „den Umständen“. Siehe dazu Rolf Dobelli, *Die Kunst des klaren Denkens*, S. 185 ff.

³³ Die entsprechende Regelung im Grundgesetz (siehe Art. 115 Abs. 2 GG) ist Beispiel für selbstverschuldete Unmündigkeit: Bei einem Verzicht auf Erhöhung von Einnahmen (keine Vermögenssteuer, kein Verschließen von Steuerschlupflöcher etc.) bleibt nur die Alternative: Belastung künftiger Generationen mit hohen Bankschulden oder Belastung künftiger Generationen mit einer völlig maroden Infrastruktur, deren Wiederherstellung noch viel höhere Ausgaben erfordert. Wieso nur der erstgenannte Fall für künftige Generationen ungerecht sein soll, bleibt unerklärt.

finanziert wird. Das Finanzierungsproblem ist in Wirklichkeit ein Verteilungsproblem!³⁴

Es gibt Politiker, die vorgeben, ehrlich und aufrichtig zu sein, indem sie offen erklären, erst einmal ein „Tal der Tränen“ durchschreiten zu müssen, bevor es wieder zu geordneten Verhältnissen komme.³⁵ Solche Politiker sollten ebenfalls nicht gewählt werden.

Das hat zwei Gründe: Zum einen wäre genau zu prüfen, ob nicht ausschließlich oder vorrangig ohnehin benachteiligte gesellschaftliche Gruppen das „Tal der Tränen“ durchschreiten müssten. Zum anderen ist zu berücksichtigen, dass es zu den Strategien unfähiger Politiker gehört, erst einmal eine Zeit des Elends zu prognostizieren.³⁶ Die Gründe dafür können anderen Politikern oder früheren Regierungen angelastet werden. Und verschlechtert sich die Lebenslage für bestimmte gesellschaftliche Gruppen tatsächlich, können solche Politiker zur Legitimierung ihrer Politik immerhin darauf hinweisen, sie hätten es ja vorhergesagt. Verbessert sich die Lebenslage für diese gesellschaftlichen Gruppen dann jedoch irgendwann, können solche Politiker das als Erfolg ihrer Politik verkaufen.³⁷ Politiker, die für unbestimmte Zeit Elend prognostizieren, taugen also ebenso wenig wie Politiker, die nur leere Versprechungen abgeben.

Politiker, die leere Versprechungen abgeben, sind auch solche, die Einflussmöglichkeiten suggerieren, die sie de facto nicht haben. Deutsche Politiker bestimmen nicht den Welthandel, den Dollar-Kurs und viele andere politisch relevante Faktoren. Gleichwohl suggerieren manche Politiker Einflussmöglichkeiten, um Wählerinnen und Wähler zu beruhigen.³⁸ Politiker, die solche Kontrollillusionen³⁹ verbreiten, sollten nicht gewählt werden. Sie taugen nichts, weil sie die mit den von ihnen erstrebten Ämtern verbundenen Kompetenzen überschätzen und damit letztlich sich selbst.

³⁴ Beispiel aus der letzten Wahlperiode des Bundestages: Mit der Entscheidung für einen außerordentlichen Wehretat für die Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro haben die Abgeordneten zugleich die Entscheidung getroffen, dass für eine Kindergrundsicherung kein Geld bereitgestellt wird.

³⁵ Zu den entsprechenden Politikerphrasen gehört, dass der „Gürtel enger geschnallt werden müsse“ oder dass es erst einmal einer Umstrukturierung, Neuorientierung etc. bedürfe.

³⁶ Siehe allgemein zu den Gefahren der „Bevor es besser wird, muss es schlechter werden“-Strategie Rolf Dobelli, *Die Kunst des klaren Denkens*, S. 49 ff.

³⁷ Allgemein über den Irrtum, durch sinnlose oder überflüssige Korrekturmaßnahmen Schwächephasen auffangen zu können, Dobelli, *Die Kunst des klaren Denkens*, S. 73 ff.

³⁸ Zur Beruhigungsfunktion vorgetäuschter Einflussmöglichkeiten siehe Rolf Dobelli, *Die Kunst des klaren Denkens*, S. 66 f.

³⁹ Siehe allgemein zu Kontrollillusionen Rolf Dobelli, *Die Kunst des klaren Denkens*, S. 65 ff.

15. Wähle nur Politiker, die von sich mehr verlangen als von anderen!

Die meisten bislang genannten Gebote implizieren Anforderungen an Charakter und Persönlichkeit von Politikern. Es ist schlicht zu billig und in der Sache auch nicht gerechtfertigt, Politiker insgesamt von vornherein zu diskreditieren. Wer „die da oben“ pauschal kritisiert, soll erst einmal Persönlichkeiten benennen, die besser geeignet wären. Von Politikern ist allerdings zu fordern, dass sie von sich selbst das verlangen, was sie von den Wählerinnen und Wählern auch verlangen: Die Befolgung geltenden Rechts. Das gilt umso mehr, als Politiker in leitenden Ämtern häufig die Macht haben, die Inhalte des geltenden Rechts selbst mitzubestimmen.

Von Politikern ist aber eines zu verlangen, was über die Pflichten der Wählerinnen und Wähler hinausgeht: Die Bereitschaft, Verantwortung⁴⁰ zu tragen für die Folgen ihres politischen Handelns wie ihres politischen Nichthandelns.⁴¹

16. Wähle nur Politiker, die nicht an Selbstüberschätzung leiden!⁴²

Gelegentlich werden den Wählerinnen und Wählern sehr durchschnittliche Menschen als politische Talente verkauft.⁴³ Das macht nichts. Nicht der bescheidene, sich seiner Grenzen bewusste Politiker ist das Problem, sondern

⁴⁰ Zum Problem der Verantwortungsdiffusion siehe Rolf Dobelli, Die Kunst des klaren Denkens, S. 139. Für Politiker, die einer Bundesregierung angehören, gelten die in Art. 65 GG festgelegten Regelungen der Kompetenzverteilung. Instrukтив über die Grenzen von Verantwortlichkeiten Rolf Dobelli, a.a.O., S. 149 ff.

⁴¹ Siehe dazu schon die Ausführungen unter 13.

⁴² Siehe allgemein zur Selbstüberschätzung Rolf Dobelli, Die Kunst des klaren Denkens, S. 13 ff.

⁴³ Max Weber, Politik als Beruf¹⁰, S. 23, bemerkte einst süffisant, dass man preußischer Kultusminister werden konnte, „ohne selbst jemals eine höhere Unterrichtsanstalt besucht zu haben“.

derjenige, der an Selbstüberschätzung leidet.⁴⁴ Solche Blender sollten nicht gewählt werden. Wenn Politiker die Grenzen ihrer Kompetenz überschreiten, können sie sich jedenfalls vor der Geschichte nur blamieren. Und niemand kann ernsthaft behaupten, dass Ahnungslosigkeit der sichere Weg zum Erfolg ist. Einige Politiker gelten als besonders eloquent oder gar rhetorisch außergewöhnlich begabt.⁴⁵ Hier ist ebenfalls Skepsis geboten. Denn auch der Schwätzer, der Tinnel in Kaufhauseingängen anpreist, kann gut reden. Rhetorische Begabung mag zu den Qualitäten herausragender Politiker gehören. Aber Unsinn bleibt Unsinn, selbst wenn er sprachgewandt vorgetragen wird. Die bei einigen Politikern festzustellenden narzisstischen Anflüge von Größenwahn disqualifizieren solche Personen jedenfalls nachhaltig. Der Typ GröFaZ ist eben nicht nur beim Militär eine Fehlbesetzung.⁴⁶

Fazit

Es kann gut sein, dass es bei bestimmten Parteien ausschließlich Politiker gibt, die zumindest ein Ausschlusskriterium erfüllen. Das sollte dann auch die Wahl der Parteien erleichtern.

⁴⁴ Wissen und Erfahrungen von Menschen sind im Allgemeinen begrenzt. Das kann ihr Vorstellungs- und Urteilsvermögen einschränken und zu falschen Schlüssen führen. Wer mit Impfungen immer nur den kurzen Piecks verbindet, wird die Gefahren neuartiger Impfstoffe gar nicht erst erfassen. Hier zeigt sich zudem die Selbstüberschätzung in Form eines induktiven Fehlschlusses, also unzulässig von Einzelfällen auf eine allgemeine Aussage, eine Regel zu schließen. Zu den Fehlern induktiven Denkens einfürend Rolf Dobelli, Die Kunst des klaren Denkens, S. 129 ff. Selbstüberschätzung lässt politische Demagogen Fakten ignorieren, um die öffentliche Meinung und damit letztlich Entscheidungen von Wählerinnen und Wählern unredlich zu beeinflussen. So können beispielsweise Sicherheitsprobleme herbeigeredet werden, die in Wirklichkeit gar nicht bestehen. Welche Wählerinnen und Wähler kümmern sich dann noch um seriöse Kriminalstatistiken, wenn drohende Verluste (hier ein Weniger an Sicherheit) emotional besonders stark wirken? Zur Verlustaversion Rolf Dobelli, a.a.O., S. 133 ff., allgemein zu Denkfehlern infolge begrenzter Erfahrungen und begrenzten Wissens Rolf Dobelli, a.a.O., S. 45 ff., S. 61 ff. Siehe zum Problem der Selbstüberschätzung von Politikern auch die Ausführungen unter 11.

⁴⁵ Zur Bedeutung der Redegewandtheit für Berufspolitiker siehe schon Max Weber, Politik als Beruf¹⁰, S. 28 ff.

⁴⁶ Eine besonders abschreckende Form von Selbstüberschätzung zeigen Politiker, die sich zu „Großem“ oder gar „Größerem“ berufen fühlen. Vernünftige Wählerinnen und Wähler sollten durch Nichtwahl dafür sorgen, dass solche Politiker wieder Bodenhaftung bekommen. Zur Selbstüberschätzung führt auch eine Form der Selbsttäuschung, bei der Unzulänglichkeiten und Misserfolge in Qualitäten, Erfolge und Siege umgedeutet werden; siehe zur kognitiven Dissonanz Rolf Dobelli, Die Kunst des klaren Denkens, S. 205 ff. Ein aktuelles Beispiel für kognitive Dissonanz ist die Debatte um weitere Waffenlieferungen an die Ukraine. Siehe dazu lesenswert Thomas Fazi, Berliner Scheindebatten, in: der Freitag Nr. 5 vom 30. Januar 2025, S. 15.

Wenn man persönlich erlebt hat, mit welcher unglaublichen Schlichtheit selbst akademisch gebildete Personen Wahlentscheidungen treffen⁴⁷, kann jedes noch so triviale Argument nur zur Vitalisierung der politischen Vernunft beitragen. Einwände von Überheblichkeitsschwadronen, denen die Empfehlungen zu trivial erscheinen, gehen deshalb ins Leere.

Ein vorerst letzter Einwand könnte lauten, so genau kenne man die Kandidaten für das Direktmandat des eigenen Wahlkreises nicht. Die etwas zu harsche Antwort wäre, dass es jetzt wohl endlich Zeit werde, diese Kandidaten kennen zu lernen. Alternativ könnte man sich allerdings auch am Führungspersonal der zur Wahl stehenden Parteien orientieren. Das erleichtert dann ohnehin die Entscheidung für die maßgebliche Zweitstimme.

⁴⁷ Gelegentlich reicht bereits das äußere Erscheinungsbild eines Politikers aus, um ihn zum Kandidaten zu küren, so als ob nicht jeder Lump gestylt und im feinen Zwirn daherkommen könnte. Und sympathisches Auftreten macht noch keine guten Politiker, zumal diese nicht selten Marketing-Methoden einsetzen, um Sympathien zu gewinnen. Siehe dazu Rolf Dobelli, *Die Kunst des klaren Denkens*, S. 89 ff., S. 158 f.